

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 34 (1955)
Heft: 5-6

Artikel: Der Canossa-Gang der Russen
Autor: Humbert-Droz, Jules
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347011>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jesu die flüchtige Lust der Sinne verbannt und anstelle einer künstlerischen Lebensfreude Entsagung und Weltflucht treten läßt. Aber diese Entzweiung ist nicht das Letzte; durch die Kunst wird die Menschheit zu einem fünften Weltalter emporgeführt, in dem der Mensch das Gesetz der Vernunft in seinen Willen aufnimmt und so als freie, harmonisch geeinte Persönlichkeit sittlichen Lebensernst und künstlerische Lebensfreude, Schönheit und Wahrheit miteinander vermählt. Das Christentum gilt somit für Schiller nicht als die höchste abschließende Religion, sondern als die unumgängliche Entwicklungsstufe zum Zeitalter der Vollendung, in dem der sittlich geadelte Mensch die innere Einheit seines Wesens erringt.

So erkennen wir in Schiller einen Christ eigener Prägung; er ist ein Christ, der das Christentum als weltgeschichtliche Notwendigkeit in der Entwicklung des Menscheistes gesehen und gewürdigt hat, dem es aber auch möglich war, im kirchlichen Christentum Schale und Kern zu scheiden; alles Große und Edle, das in der ursprünglichen Religion Jesu verborgen ist, nahm er freudig in sich auf, um sich dadurch zu einer noch freieren Stufe des Geistes emporzuheben.

JULES HUMBERT-DROZ

Der Canossa-Gang der Russen

Der Besuch allerhöchster Persönlichkeiten des Sowjetstaates und der russischen Kommunistischen Partei, der Ende Mai in Belgrad zustandekam, hat in der ganzen Welt lebhaftes Interesse erweckt. Dieser Besuch war von den Russen gewünscht und vorgeschlagen worden. Er fand im Anschluß an die Warschauer Konferenz der Satellitenstaaten statt, an welcher diese Staaten militärische Zusammenarbeit und den Zusammenschluß ihrer Streitkräfte unter dem einheitlichen Kommando eines russischen Marschalls beschlossen hatten.

Was war mit einer solchen repräsentativen Delegation Rußlands im Lande des Ketzers Tito beabsichtigt? Eine Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten? Oder noch mehr, eine Versöhnung der Kommunisten beider Länder und eine Rückkehr der Kommunistischen Partei Jugoslawiens in den Ostblock?

Aus der Zusammensetzung der russischen Delegation war offen ersichtlich, daß letzteres, das heißt die Versöhnung, das Ziel der Russen war. Führer der Delegation war nicht der Regierungschef Bulganin, auch nicht der Außenminister Molotow, sondern der Parteisekretär Chruschtschow. Außenminister

Molotow, der mit Stalin die scharfen Angriffe Rußlands gegen Tito geführt hatte, war vorsichtshalber der Delegation ferngehalten worden.

Tito und seine Partei wollten jedoch keine ideologische Diskussion mit den russischen Kommunisten pflegen, sondern nur eine Normalisierung der Beziehungen von Staat zu Staat erreichen, eine Normalisierung, die schon nach dem Tode Stalins durch die Wiederaufnahme der normalen diplomatischen Beziehungen und durch die Liquidierung der feindlichen Propagandakampagne sowie der militärischen Grenzprovokationen der Satellitenstaaten gegenüber Jugoslawien weitgehend eingeleitet worden war. Zur Verbesserung der gegenseitigen staatlichen Beziehungen hätte Rußland jedoch nicht eine solche repräsentative Delegation nach Jugoslawien zu entsenden brauchen. Die Russen hatten zweifellos andere Absichten als die Jugoslawen. Nach den Beschimpfungen Titos und seiner Kampfgenossen durch das Kominform seit 1948, nach den Todesurteilen gegen die «Titisten» Rajk in Ungarn, Kostow in Bulgarien, Slansky und Clementis in der Tschechoslowakei und viele andere war es für die russischen Kommunisten und Staatsmänner eine tiefe Demütigung, ein wirklicher Canossa-Gang, in das Land des Ketzers Tito zu reisen und ihm eine Versöhnung vorzuschlagen.

Die jugoslawischen Kommunisten haben den Versuch gemacht, die Konferenz mit der russischen Delegation auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zu beschränken. Kurz vor Ankunft der russischen Delegation erklärte Tito in einer Rede in Pola zum zehnten Jahrestag der Befreiung von Istrien:

«Ich weiß, daß ihr alle schon darüber informiert seid, daß es dieser Tage zu einer Abmachung gekommen ist, daß eine Sowjetdelegation unter den höchsten Staatsführern unser Land, das heißt Belgrad, besuchen wird. Viele Leute in der Welt waren darüber unglaublich überrascht, aber ich kann sagen, daß wir und ich einen solchen mutigen Entschluß der verantwortlichen sowjetischen Persönlichkeiten, diese Entschlossenheit nur begrüßen können, zu kommen, damit wir über alles sprechen, worüber zu sprechen ist.

Wir haben ihnen während der Vorbereitungen dieser Zusammenkunft das zur Kenntnis gebracht, was die ganze Welt schon seit langem weiß, was unser Volk weiß und wovon es nicht abgeht, daß wir auf gleichberechtigter Basis sprechen wollen, daß wir als unabhängiges Land zu sprechen wünschen, daß wir in allen unseren Schritten in Zukunft ebenso wie heute völlig unabhängig zu bleiben wünschen, daß wir wünschen, daß sich niemand in unsere inneren Angelegenheiten einmischt, daß die Frage unserer inneren Ordnung unsere eigene Angelegenheit ist, daß wir nicht bereit sind, zuzulassen, daß sich irgend jemand in unsere inneren Probleme einmischt, weder von Osten noch von Westen.

Über all das wurden sie von uns unmittelbar informiert, und auf dieser Grundlage haben sie beschlossen, hierherzukommen, damit wir mit ihnen

über die Probleme sprechen, die noch zwischen uns als schwebend und ungelöst bestehen, so daß diese Normalisierung eine reale Grundlage, eine feste Grundlage erhält und damit weder auf ihrer noch auf unserer Seite Illusionen bestehen.

Wir werden offen vor der ganzen Welt sprechen, der ganze Westen und die ganze Welt werden wissen, worüber wir gesprochen haben, worüber wir uns einigen wollen, denn wir haben nicht die Absicht, hier jetzt irgend etwas hinter den Kulissen zu manövrieren und auf irgend jemandes Kosten zu tun, aber diejenigen, die irgendwelche Illusionen hatten, auch im Westen, daß wir etwas anderes würden, als wir sind, die werden im Unrecht sein.

Wie sollen die Beziehungen zwischen unserem Lande und der Sowjetunion und den übrigen Ostländern sein? Welche Beziehungen sollen zwischen unserem Land und den westlichen Ländern und vielen anderen Ländern bestehen? Ich meine, daß diese Beziehungen zwischen allen Ländern ähnlich sein sollen. Wir werden keinerlei Block beitreten, wir werden uns keinerlei Block anschließen, solange es solche gibt.

Ich glaube, daß eines Tages dennoch die Zeit kommen wird, und vielleicht ist sie nicht so fern, da sich bei gewissen Leuten, die heute für diese Politik verantwortlich sind, dennoch der Gedanke festigt, daß man auf diesem Wege in der Welt einen dauerhaften Frieden nicht stabilisieren kann und daß man eine andersgeartete Politik führen muß, nicht eine Politik der Blöcke, nicht eine Politik der ideologischen Aufteilung der Welt in Blöcke, sondern einen anderen Weg auffinden muß, und das ist der Weg, den wir seit je predigen, der Weg zur Zusammenarbeit, der Weg der aktiven Koexistenz zwischen Völkern und Staaten, ohne Rücksicht auf die Unterschiede in ihren politischen und ihren inneren Systemen überhaupt.

Ich glaube, daß unsere Völker diesen Akt begrüßen, daß eine Sowjetdelegation in unser Land kommt und daß wir in Jugoslawien über die Probleme sprechen, die uns und sie angehen, die zugleich aber auch den Frieden in der ganzen Welt angehen. Die Sowjetunion hat in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Gesten und Vorschlägen gemacht, die wir für konstruktiv halten, und ich glaube, daß die bevorstehenden Gespräche und das, was bei uns getan werden wird, zu den konstruktivsten Dingen gehören und den größten Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens überhaupt darstellen werden.»

Auf jugoslawischer Seite gingen die Absichten sehr klar dahin, das Gespräch von Staat zu Staat zu führen und Abmachungen zwischen unabhängigen und gleichberechtigten Regierungen zur Aufrechterhaltung des Friedens zu treffen. Die ersten Worte, die Chruschtschow sprach, als er auf dem Belgrader Flugplatz aus dem russischen Flugzeug stieg, haben allgemein überrascht. Er wendete sich an Tito mit der Anrede «Lieber Genosse Tito» und stellte vor der

ganzen Welt die Frage der Versöhnung der beiden Kommunistischen Parteien auf der Grundlage der Lehre des Marxismus-Leninismus. Stalin erwähnte er mit keinem Laut.

«Als Vertreter der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der von dem großen Lenin geschaffenen Partei, halten wir es für wünschenswert, gegenseitiges Vertrauen auch zwischen unseren Parteien herzustellen. Die festesten Verbindungen wurden zwischen den Völkern jener Länder hergestellt, in denen die führende Kraft Parteien sind, die ihre ganze Tätigkeit auf die Lehre des Marxismus-Leninismus gründen.»

In einer sehr einfältigen Art und mit wenigen Worten erledigte er dann den Konflikt von 1948 zwischen dem Kominform und der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Die Schuldigen seien Agenten des Westens, Provokateure und Spione gewesen – «Beria, Abakumow und andere» –, die wegen ihrer Verbrechen zum Tode verurteilt wurden:

«Wir bedauern aufrichtig, was geschehen ist, und lehnen die Verantwortung für die in dieser Zeit begangenen Fehler ab. Wir erinnern dabei an die provokatorische Rolle, die die nun entlarvten Feinde des Volkes, Beria, Abakumow und andere, in den Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion gespielt haben. Wir haben nun alle Dokumente studiert, auf die sich seinerzeit die schweren Anschuldigungen und Beschimpfungen gegen die jugoslawischen Führer gründeten. Die Tatsachen beweisen, daß diese Dokumente von den Feinden des Volkes geschmiedet wurden, die sich als verächtliche Agenten der Imperialisten in die Reihen unserer Partei einschleichen konnten.»

Überrascht durch diesen plumpen und lächerlichen Überrumpelungsversuch, enthielt sich Tito auf dem Flugplatz einer Antwort auf diese Begrüßungsansprache. Am nächsten Tag stellte er in seiner Eröffnungsrede fest, daß nicht Partei-, sondern Staatsverhandlungen stattfinden sollten. Dieser Faux-Pas Chruschtschows belastete die Verhandlungen, die ziemlich kühl blieben. Am 2. Juni wurde in Belgrad eine gemeinsame Erklärung von beiden Regierungschefs feierlich unterzeichnet. Nicht der Delegationschef und Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Chruschtschow, sondern der Regierungschef Bulganin unterzeichnete im Namen Rußlands die Erklärung. Sie trägt den Stempel der Anschauungen Titos und steht im Widerspruch zu der seit Jahren betriebenen Politik der russischen Regierung. Vom Standpunkt des Stalinismus ist sie ein ketzerisches Dokument. Viele Kommunisten der Satellitenstaaten sind wegen solcher titistischer Unabhängigkeitsträume gehängt oder erschossen worden . . .

Die Erklärung betont die Unabhängigkeit und die Gleichheit aller Staaten

und verurteilt die Einmischung von Staaten in die Angelegenheiten von anderen Staaten als gefährlich für den Frieden der Welt.

«Im Verlaufe der Besprechungen haben sich die beiden Regierungen aufrichtig bemüht, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern auf allen Gebieten weiter zu entwickeln; dies entspricht in vollem Umfange den Interessen beider Länder sowie des Friedens und des Sozialismus. Bei der Prüfung der Fragen, die zur Festigung des Vertrauens unter den Nationen behandelt wurden, stützten sich die beiden Regierungen auf folgende Grundsätze:

Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit, Integrität und Gleichheit der Staaten in ihren gegenseitigen Beziehungen und in ihren Beziehungen mit anderen Staaten; Anerkennung und Entwicklung der friedlichen Koexistenz unter den Nationen, ungeachtet der weltanschaulichen Unterschiede der Sozialordnung, die die Zusammenarbeit aller Staaten auf den Gebieten der internationalen Beziehungen im allgemeinen und im besonderen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Voraussetzung hat; Anerkennung des Grundsatzes gegenseitiger Respektierung und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, da die Fragen innerer Organisation, unterschiedlicher Sozialsysteme und unterschiedlicher Formen der sozialistischen Entwicklung ausschließlich Angelegenheiten der einzelnen Länder sind; . . . gegenseitige Respektierung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aus welchem Grunde auch immer; Verstärkung der gegenseitigen und der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit; . . . Ausschaltung jeder Art von Propaganda sowie alle anderen Umtriebe, die Mißtrauen säen; Verurteilung jeder Aggression und des Versuches, andere Länder politisch und wirtschaftlich zu beherrschen; Anerkennung des Grundsatzes, daß die Politik der Militärblöcke die internationale Spannung erhöht, das Vertrauen unter den Nationen untergräbt und die Kriegsgefahr vermehrt.»

Es ist erstaunlich und beunruhigend, daß Bulganin, als Chef der Regierung der Sowjetunion, seine Unterschrift unter ein Dokument setzt, in welchem betont wird, daß «die Politik der Militärblöcke die internationale Spannung erhöht, das Vertrauen unter den Nationen untergräbt und die Kriegsgefahr steigert»; und dies zehn Tage nach Unterzeichnung des Warschauer Vertrags, der den militärischen Ostblock schafft und ihn unter ein russisches Einheitskommando stellt!

Diese Politik der Doppelzüngigkeit der russischen Regierung ist nicht geeignet, Vertrauen zu schaffen.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg Harold Laski und Morgan Phillips als Delegierte der Labour Party in Rußland weilten, erklärte Stalin schon damals, daß zum Sozialismus verschiedene Wege führen. Im Jahr 1948 verleugnete er dieses Prinzip in den Beziehungen Rußlands zu seinen Satelliten. Die Ver-

leugnung dieses Prinzips führte zum Staatsstreich in der Tschechoslowakei und zum Bruch mit Jugoslawien. Welchen Wert hat nun heute die Erklärung der Russen über Nichteinmischung und Respektierung der Unabhängigkeit der anderen Staaten?

Warum haben die Russen solchen ketzerischen Prinzipien zugestimmt? In der gemeinsamen Erklärung haben die Jugoslawen eine Anzahl Forderungen der Russen auf dem Gebiet der internationalen Politik angenommen: die Begrenzung der Rüstungen, das Verbot der Atomwaffen, die Schaffung eines Sicherheitssystems für Europa, die Verwertung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken, die Regelung der deutschen Frage auf demokratischer Grundlage, die Aufnahme Rotchinas in die Vereinten Nationen und die Erfüllung der legitimen Rechte Chinas auf Formosa.

Aber alle diese Forderungen, die sehr allgemein formuliert sind, bedeuten keine Wendung in der Politik Jugoslawiens. Seit Jahren haben die Vertreter der jugoslawischen Regierung überall diese Postulate verteidigt.

Immerhin konnten die Jugoslawen nicht ausschließlich zwischenstaatliche Besprechungen führen. Eine ideologische Diskussion zwischen Kommunisten war unvermeidlich. Auch von ihr findet sich ein Echo in der gemeinsamen Erklärung. Punkt 7 des unterzeichneten Dokumentes sieht vor,

«die Zusammenarbeit unter den Sozialorganisationen beider Länder zu fördern durch Anknüpfung von Kontakten, den Austausch sozialistischer Erfahrungen und Meinungen, damit die Völker ihrer Länder sich besser kennenlernen und besser verstehen».

Die Kommunistischen Parteien sind hier nicht direkt erwähnt. Aber was sind die «Sozialorganisationen» beider Länder, die den Austausch von sozialistischen Erfahrungen und Meinungen pflegen sollen, wenn nicht die Kommunistischen Parteien? Wenn man die Kontrolle und die Beherrschung des Staatsapparates und aller sozialen und kulturellen Organisationen durch die Kommunistische Partei in den Ländern mit Einparteiensystem kennt, so ist es klar, daß die gemeinsame Erklärung einen Austausch von Erfahrungen und Meinungen zwischen den Kommunisten beider Länder fördern will.

Die Jugoslawen haben hier nichts zu fürchten. Sie pflegen diesen Austausch bereits mit vielen Sozialistischen Parteien und anderen sozialen Organisationen des Westens. Die Erfahrungen und Meinungen der russischen Kommunisten sind in Jugoslawien recht gut bekannt. Keine Partei hat eine so tiefgreifende sozialistische Kritik am russischen System geübt wie die Kommunistische Partei Jugoslawiens, die für die ideologische Diskussion mit den Russen sicher am besten ausgerüstet ist. Erstaunlich ist bloß, daß die Russen die Erfahrungen und die ketzerischen Meinungen der jugoslawischen Kommunisten in Rußland und in den Satellitenstaaten zulassen und eine Dis-

kussion über diese Probleme führen wollen. Eine solche Diskussion setzt ein Minimum an Demokratie, an Presse-, Rede- und Meinungsfreiheit voraus, die in der Sowjetunion und in den von Rußland beherrschten Volkedemokratien nicht existieren.

Es ist deshalb sehr fraglich, ob den in der Erklärung enthaltenen Prinzipien in Rußland wirklich nachgelebt werden wird. Jeder Sozialist würde sich freuen, wenn dies der Fall wäre. Wir wissen jedoch, daß es die Russen nichts kostet, schöne Prinzipien zu verkünden. An ihren Taten wird man sehen, wieweit die russischen Kommunisten mit diesen Prinzipien ernst machen.

Wenn man den Text der Erklärung genau studiert, muß man anerkennen, daß diese einen großen politischen Sieg Titos und der Kommunisten Jugoslawiens bedeutet, und nochmals stellt sich die Frage: Warum haben die russischen Kommunisten und Staatsmänner die Demütigung dieses Canossa-Ganges auf sich genommen?

Für sie war eben nicht der Inhalt der Erklärung maßgebend, sondern die Reise selbst, das sensationelle Erscheinen der höchsten Spitzen von Partei und Staat in Jugoslawien.

Am Vorabend der Konferenz der Großen Vier auf höchster Ebene und vor dem Besuch Nehrus in der Sowjetunion wollten die Russen einerseits die neutrale Position Jugoslawiens festigen und andererseits dessen gute Beziehungen mit dem Westen, besonders mit den Vereinigten Staaten, kompromittieren. Sie mußten, um diese außenpolitischen Ziele zu erreichen, den ideologischen Sieg Titos in Kauf nehmen. Paris ist wohl eine Messe wert!

Nach dem Bruch mit dem Kominform und angesichts der ständigen Bedrohung seiner Grenzen durch die Satellitenstaaten mußte Jugoslawien für seine Verteidigung die Hilfe des Westens in Anspruch nehmen. Die Vereinigten Staaten haben Jugoslawien in den schwierigsten Zeiten wirtschaftlich, finanziell und militärisch unterstützt. Der Balkanpakt mit Griechenland und der Türkei wurde als Verteidigungsmaßnahme gegen die russischen Drohungen abgeschlossen. Die Türkei und Griechenland sind Mitglieder der NATO. Jugoslawien ist der NATO nicht beigetreten, hat amerikanische Stützpunkte und Missionen auf seinem Territorium nicht zugelassen, hat seine volle Unabhängigkeit zwischen den beiden großen Blöcken immer wieder betont. Durch die offene Feindschaft der Kominform waren jedoch die Beziehungen Jugoslawiens einseitig nach dem Westen orientiert, durch den Balkanpakt kam Jugoslawien mit der NATO in Berührung.

Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags mit Österreich und der Neutralisierung dieses Landes an der Nordgrenze Jugoslawiens und vor der Konferenz der Großen Vier über Deutschland hatte Rußland das größte

Interesse, die «neutrale» oder, besser gesagt, unabhängige Haltung Jugoslawiens zu festigen. Die Normalisierung der Beziehungen Jugoslawiens mit dem Osten, die Liquidierung des Kominform-Konflikts waren Voraussetzungen dazu. Am Vorabend des Besuches Nehrus in Moskau und der Viermächtekonferenz war auch die öffentliche Verkündung der Prinzipien, die in der gemeinsamen Erklärung enthalten sind, als eine Art moralisches Alibi sehr willkommen. Der Konflikt mit Jugoslawien hatte die internationale Lage schwer belastet und den Weltfrieden bedroht. Eine feierliche Beilegung des Konflikts ist ein wichtiger Beitrag zur Befriedung Europas.

Aber die Art, wie die Russen vorgehen, mußte noch andere internationale Wirkungen haben, welche den Russen erwünscht waren: das Mißtrauen des Westens gegen Jugoslawien wurde erweckt und gefördert. Die unabhängige Haltung Titos, seine Reise nach Indien, Burma, Indonesien und Ägypten, seine Unterstützung der Konferenz von Bandung und der Ansprüche Rotchinas sowie seine Weigerung, in die NATO einzutreten, hatten ohnehin in den Vereinigten Staaten in großen republikanischen Kreisen Mißtrauen und Mißfallen erregt. Die Reise der Russen hat das Mißtrauen des Westens wesentlich erhöht und die Beziehungen des Westens, in erster Linie der Vereinigten Staaten, zu Jugoslawien getrübt. Selbst die Partner Jugoslawiens im Balkanpakt, die Türkei und Griechenland, wurden beunruhigt, nicht zuletzt, weil die Russen in Sofia erklärten, die Normalisierung der Beziehungen mit Jugoslawien werde zu einer Verbesserung der Beziehungen Rußlands mit Athen und Ankara führen, was Tito in die Rolle des Vermittlers, ja fast des Agenten Moskaus drängt.

Schon reagieren gewisse Kreise der Republikanischen Partei in den USA ganz nach dem Wunsch der Russen, indem sie jede weitere Hilfe Amerikas an Jugoslawien ablehnen.

Die jugoslawische Regierung wird eine gewisse Mühe haben, nach dem Besuch der Russen die guten Beziehungen mit dem Westen wieder herzustellen.

Für Jugoslawien und für die Festigung des Friedens auf dem Balkan ist die Normalisierung des Verhältnisses zwischen Jugoslawien und dem Osten von entscheidender Bedeutung. Jugoslawien gewinnt eine viel größere Bewegungsfreiheit und seine tatsächliche Unabhängigkeit und kann jetzt die Vermittlerrolle zwischen Ost und West zur Aufrechterhaltung des Friedens und zur Förderung der «aktiven Koexistenz», das heißt der friedlichen Zusammenarbeit besser ausüben.

Die jugoslawischen Kommunisten bleiben nach dem russischen Besuch das gleiche, was sie vorher waren, was Tito in Pola sehr deutlich dargelegt hat. Für sie bedeuten der russische Besuch und die gemeinsame Erklärung einen großen politischen und moralischen Sieg, einen Sieg jener moralischen

Kraft, die Nehru in Asien und Tito in Europa den militärischen Blöcken von Ost und West entgegenstellen, um eine Zusammenarbeit aller Nationen in Frieden und Freiheit zu erlangen. Tito betonte vor dem Parlament das Ziel seiner Politik wie folgt:

«Das Ziel einer solchen Politik ist, immer wieder aktiv gegen die scharfe Aufteilung der Welt in zwei feindliche Lager zu wirken. Eine solche Politik hat in gewissem Sinne das Ziel, ständiger Dolmetscher gegen den Krieg gerichteter Strömungen, also sozusagen das Gewissen der friedliebenden Menschheit zu sein.»

Die Normalisierung der Beziehungen mit dem Ostblock erlaubt ihm, eine aktivere Rolle in diesem Sinn zu spielen. Das ist das wichtigste und positivste Ergebnis des Besuches der Russen in Jugoslawien.

F. G. ESCHER

Sie verleumden Rosa Luxemburg . . .

Bemerkungen zur Frage der individuellen politischen Freiheitsrechte in Partei und Staat

Rosa Luxemburg, eine der edelsten Frauengestalten unseres Jahrhunderts und die bedeutendste Theoretikerin des linken Flügels der früheren deutschen Sozialdemokratischen Partei, gründete im Jahre 1917 – zusammen mit Karl Liebknecht und Mehring – den Spartakusbund, jenen Bund revolutionärer Sozialisten, der im kaiserlichen Deutschland den gewaltsamen Umsturz des Regimes anstrebte, um der furchtbaren Not des werktätigen Volkes ein Ende zu setzen. Anfangs Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg eines der Opfer der politischen Meuchelmorde, welche die vorfaschistische Ära der deutschen Konterrevolution kennzeichneten. Der Spartakusbund zerfiel; ein Teil seiner Mitglieder wandte sich der Kommunistischen Partei zu, andere kehrten – meistens über den Umweg der USDP – zur Sozialdemokratie zurück.

Seither versuchen die Kommunisten Westeuropas immer und immer wieder, Rosa Luxemburgs positive Einstellung zur russischen Oktoberrevolution in den Dienst ihrer Propaganda gegen die Sozialdemokraten zu stellen. Es geschieht in der Regel, indem man dieser leidenschaftlichen Freiheitskämpferin die vorbehaltlose Gutheißung der geistigen Gleichschaltung aller Sozialisten unterschiebt. Tote können sich bekanntlich nicht mehr wehren – und so wurde denn die große Führerin des Spartakusbundes systematisch zur Kronzeugin für die Rechtmäßigkeit der bolschewistischen Vergewalti-